

# Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:  
Berlin,  
Gitschinerstraße 17.

Die Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich  
und zwar: Dienstags, Donnerstags und  
Sonntags Abends.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 15 Sgr., bei den außerpreussischen Postämtern in Deutschland 12 1/2 Sgr., (44 Kreuzer (Add. Währ.))

**Bestellungen** werden auswärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem soliden Spediteur entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien, Amerika, China und Japan Mr. A. Duossing 8 Little-Newport-Street, Leicester-Square. W. C. London.

Mit dem 1. Oktober hat ein neues Vierteljahrs-Abonnement auf den „Social-Demokrat“ begonnen. Wir ersuchen diejenigen, welche abonniren wollen, dies sofort zu thun.

Die Bestellungen werden auswärts bei den Postämtern, in Berlin bei der Expedition Gitschinerstr. 17 und bei allen soliden Zeitungs-Spediteuren gemacht. Preis in Preußen vierteljährlich 15 Sgr., im nicht-preussischen Deutschland 12 1/2 Sgr.) Zugleich richten wir an die Parteigenossen die Aufforderung, möglichst für weitere Verbreitung des „Social-Demokrat“ thätig zu sein.

Den neuen Abonnenten wird das Blatt für ganze Quartale, vom 1. Oktober an, vollständig geliefert.

## Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 5. Oktober.

Die republikanische Bewegung in Spanien hat leider einen ungünstigen Verlauf. Die Arbeiterbewegung ist nur sehr spärlich im spanischen Volk geworden und dort, wo sie wie in Barcelona höheren Wogen geht, wo sich der Unmuth der Arbeiter in Strikes Luft macht, scheint es fast, als ob diese zwischen den Arbeitern und den „Freiwilligen Freiheit“ der gleiche Streit wie 1848 in den hiesigen Städten Deutschlands zwischen Bürgerwehr und Arbeitern. Die letzthin in Spanien erfolgten republikanischen Aufstände haben überhaupt große Ähnlichkeit mit den in Deutschland im Jahre 1849 erfolgten. Derselbe Mangel an Einheitslichkeit macht sich hier wie dort geltend. Immer sind es nur enthusiastische Demokraten, denen sich spärliche, aber anschließende, die Barrikaden bauen — es sind wenigen liberal verstreuten Realisten, wie Lassalle treffend geschildert — die Masse der Bourgeoisie, von der gegenwärtigen Revolution ihre unbedingte sociale Herrschaft in Spanien datiren kann, wie die französische Bourgeoisie von 1830 an, schwärmt nicht für die Republik, die große Masse der Arbeiter aber liegt noch völlig im Schlummer. So trägt von uns in Nummer 115 des „Soe.-Dem.“ erregte Aufstand in Barcelona, der heftigste von allen bisherigen, durchaus nicht den bitteren schredenvollen Charakter an sich, wie z. B. die Junischlacht in Paris oder die socialistischen Aufstände in Lyon; es war eben der unveröhnliche Classenkampf, so wader sich die Republikaner an verschiedenen Punkten gezeigt haben. Wir entnehmen darüber dem „Diario de Barcelona“ folgende Angaben: Am 22. Sept. Mittags um 3 Uhr ward in den Straßen ein Erlaß geschlagen, welches die Entwaffnung der Bataillone Freiwilligen anordnete, deren Offiziere die Proclamation unterzeichnet hatten. Man erfuhr bald, daß im Stadtviertel San Antonio Barrikaden gebaut wurden und daß die Mitglieder mehrerer republikanischer Bataillone sich der Entwaffnung widersetzen wollten. Aufregung, die in dem genannten Theile der Stadt herrschte, war außerordentlich groß. Die Militärmusik der insurgirten Bataillone spielte kriegerische Marschen. Als die Behörden sahen, daß der Widerstand um 5 Uhr noch mit Hartnäckigkeit fortbauerte, ließen sie diese Zeit den ersten Alarm-Kanonenbeschuss abgeben. Der öffentliche Spaziergang la Rambla war neugierigen erfüllt, welche der Kanonenschuß in den Straßen setzte. Alle „friedlichen Bürger“ kehrten zu Hause zurück, alle Läden schlossen sich sogleich. Der zweite Kanonenschuß vom Fort von Montjuich in den Straßen menschenleer; die Sturmklode ist geläutet worden. Um 9 Uhr hatte sich die

Municipalität in Permanenz versammelt. In allen Militärposten befanden sich Wundärzte und Feldgeistliche, um den Verwundeten beizustehen. Um halb 10 Uhr Abends hörte man Gewehrsalven und einzelne Schüsse, welche bis Mitternacht fortbauerten. Das Feuer, welches um 10 Uhr Abends begonnen hatte, hörte erst um 2 Uhr Morgens auf, im Moment, wo die letzte Barrikade genommen wurde. Der Kampf war namentlich im 3. und 4. District der Stadt heftig. In der Calle Poniente mußte Artillerie angewendet werden, um in die Barrikade Bresche zu legen. Beim Angriff auf die große Barrikade, der Carmeliterkirche gegenüber, war das Feuer der Insurgenten so lebhaft, daß es die Truppen zum Rückzuge zwang. Auch da mußte die Artillerie der Infanterie die Bahn brechen. Man zählt ca. 12 getödtete Republikaner, die Truppe hat nur 4 Todte und 5—6 Verwundete; von den Bürgern sind ungefähr 20 verwundet. 80 Gefangene sind auf ein im Hafen vor Anker liegendes Schiff gebracht worden. Der Kampf in Barcelona hat in der Nähe an kleineren Orten seinen Wiederhall gefunden, jedoch waren dort die Aufstandsversuche nicht sehr ernst. — Gegenwärtig scheint die Regierung wieder die Macht in Händen zu haben, ob sie jedoch bereits wagen wird, den Thron zu besetzen, ist fraglich. Sie scheint sich darauf vorzubereiten, denn Verhaftungen, Entwürfungen, Verbot von Vereinen und sonstige reaktionäre Maßregeln sind an der Tagesordnung. Es hat sich eben an Spanien gezeigt, daß die Bourgeoisie an sich durchaus nicht fähig ist, eine demokratische Staatsform aufrecht zu erhalten. Sobald sie die möglichste sociale Freiheit zur Ausbeutung der Arbeit erlangt hat, fällt sie in Reaction und Cäsarismus zurück.

Die neuesten Nachrichten aus Spanien melden von erneut ausgebrochenen Unruhen. In Neus ist unter den Freiwilligen der Freiheit eine Meuterei ausgebrochen. — Der der republikanischen Partei angehörige Deputirte Naguero hat in Hueca eine Bande organisiert und das dortige Gefängniß geöffnet. — Die Truppen haben eine von dem Deputirten Joarigo kommandirte Bande geschlagen. — In Xeres de la Frontera herrscht große Aufregung; man erwartet dort das Eintreten erster Ereignisse. — In Madrid herrscht allerdings noch Ruhe.

Die Bourgeoisregierung Oesterreichs beglückt die Arbeiter wieder einmal mit polizeilichen und militärischen Maßregeln. In Wien haben die Bädergesellen die Arbeit eingestellt. Es sind ihnen deswegen Versammlungen theils gewaltsam aufgelöst, theils verboten; Militär ist in zwei Casernen consignirt worden; kurz es geschieht Alles, um die Arbeiter niederzuhalten, wie man sagt, um Excessen vorzubeugen. Und doch fordern dieselben nichts weiter als geringe Milderung ihrer Ausbeutung: Aufhebung des Herbergswesens; Rechnungslegung der Genossenschaftsvertretung den Gesellen gegenüber; Selbstverwaltung der Gesellensasse; Aufhebung des „Du“-Sagens; 30prozentige Lohnerhöhung; kürzere Arbeitszeit und bessere Verpflegung, also nicht einmal Aufhebung der Nachtarbeit. Und doch wird von der Bourgeoisie und den Behörden ein Lärm geschlagen, als stände die Welt in Flammen!

Die Zeitungsnachricht, daß die Regierung Preußens eine Gesetzesvorlage zur Einführung der Civilehe zu machen gedenke, hat die „Kreuzzeitung“, das Hauptorgan der Orthodoxen, veranlaßt, dies Gerücht als völlig unbegründet darzustellen. Dem gegenüber bemerken nun die liberalen Blätter, daß im Abgeordnetenhause die Regierung um Einbringen eines Gesetzes dieserhalb interpellirt, und auch im Reichstage ein Antrag auf Einführen der obligatorischen Civilehe gestellt werden wird, welche keineswegs nur von Mitgliedern der liberalen Parteien, sondern auch von solchen der freiconservativen Partei vorbereitet werden.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika herrscht bekanntlich neben der politischen Freiheit in den Regierungskreisen als Ausfluß der Bourgeois-herrschaft eine schamlose Aemterjägeri und Bestechlichkeit. Liberale Zeitungen Deutschlands bringen einen diese Zustände kennzeichnenden Artikel der Londoner „Post.“ Er lautet: „Ueber die politische Stellung der Deutschen im Staate New-York. Es ist bekannt, daß die Deutschen etwa die Hälfte der demokratischen Partei ausmachen, und so deren Sein oder Nichtsein in Händen haben. Aber nichtsdestoweniger jagen ihnen ihre Freunde und Parteigenossen bei weitem die Mehrzahl der Aemter und Aemter — und viele der letzteren sind gar einträglicher Natur — vor der Nase weg. Die Municipalverwaltung von New-York allein besitzt außer einer großen Anzahl von Sinecuren (einträgliche Stellen, mit denen keine Arbeit verbunden ist) 1623 verschiedene Aemter mit Gehältern von zusammen 2,050,850 Doll., abgesehen von den Nebeneinnahmen, die unter dem bezeichnenden Namen „stealings“ (Gestohlenen) einbezogen sind und die allein eine bedeutende Summe repräsentiren. So hat ein Mr. Tved außer den Posten eines Staats Senators und stellvertretenden Straßenkommissars noch sieben Sinecuren, die ihm jährlich 50,000 Doll. einbringen. Alle die obengenannten Posten sind in der Gewalt der Tammany-Society, einer demokratischen Verbindung, an deren Spitze Peter N. Sweeney steht, und welche die Treue ihrer Parteigenossen mit beinahe 3,000,000 Doll. in jährlichen Gehältern belohnt. Von diesen bekommen aber die Deutschen, welche doch die Hälfte der ganzen Partei ausmachen, nur einen kleinen Antheil; das Meiste haben die Irländer an sich zu reißen gewußt. So sind von den 1263 gesetzlich bestehenden Aemtern (die Sinecuren ausgeschlossen) 1211 mit Gehältern von 1,946,310 Doll. in Händen der Irländer, während die Deutschen sich mit 52 Posten und 104,540 Dollars Gehältern begnügen müssen. In fünfzehn ganzen Departements ist kein einziger deutscher Beamter angestellt, dagegen 388 Irländer; und in den übrigen Verwaltungszweigen stehts nicht viel besser. So hat das Bürgermeisteramt 2 deutsche und 11 irische Beamte, das Finanzdepartement 2 Deutsche und 126 Irländer; die Behörde der Aldermen 2 Deutsche und 34 Irländer, die Schulbehörde 2 Deutsche und 42 Irländer. Daß die Deutschen mit diesem Stande der Dinge unzufrieden sind, läßt sich denken, und der Korrespondent der Post glaubt, daß bald eine Aenderung eintreten muß, mögen die Irländer nun süß oder fauer dazu dreinschauen, sonst werde die Gesamtheit der Deutschen drohen, in das Lager der Republikaner überzugehen, und so der Herrschaft der demokratischen Partei in New-York ein Ende machen.“ So weit die Zeitungen nicht nur für das stitliche Gefühl der amerikanischen Bourgeoisie ist das Obige bezeichnend, sondern auch für das der deutschen. Keine unsrer Bourgeoiszeitungen fühlt Entrüstung über die Schamlosigkeit, daß diese deutschen Bourgeois in New-York statt der Aemterjägeri und Unterschlagung ein Ende zu machen, vielmehr ihr Theil davon fordern, widrigenfalls sie die politische Farbe wechseln würden. Daß dies keine unsrer Bourgeoiszeitungen ansieht, ist recht bezeichnend!

## Vereins-Theil.

(Für den Allg. deutschen Arbeiter-Verein.)

In Betreff der Reise des Präsidenten ist eine Reihe von Reclamationen eingelaufen, welche einer Prüfung bedürfen, und theilweise einen Briefwechsel mit den betreffenden Mitgliedschaften nöthig machen. Es muß daher vom 11. Oktober als Antrittstag der Reise abgesehen werden und es erleidet dieselbe einen Aufschub von acht Tagen. Im Wesentlichen wird allerdings die Reihenfolge der Reise dieselbe bleiben.

Ordnung muß es geben in unserm Verein. So viel von der Organisation geredet wird, so wenig ist sie in mancher Beziehung in der That vorhanden. So lautet z. B. der Eingang § 6 des Lausitzer Statuts wie folgt: „Beim Eintritt hat jedes Mitglied zwei Silbergrößen zu zahlen, von da ab einen halben Silbergrößen wöchentlich. Durch die Nichtbezahlung des Beitrags in vier auf einanderfolgenden Wochen wird die Mitgliedschaft verwirkt.“ Man vergleiche mit dieser Bestimmung die offizielle Ansprache des Vereins-Cassiers. Nach dem strengen Recht ist die Hälfte der Vereinsmitglieder nicht mehr als zum Verein gehörig zu betrachten. Es macht keinen Unterschied, ob ein einzelnes Mitglied vier Wochen im Rückstand ist oder ob sämtliche Mitglieder eines Quartals sich in solchem Rückstand befinden. Wir haben nur eine Vereinsklasse und wer seinen Beitrag nicht richtig dahin absetzt, sei es direkt, sei es durch Vermittelung eines Beitragsamtlers, ist nach der Strenge des Gesetzes kein Mitglied mehr. Für gewöhnliche Zeiten giebt es wenig Veranlassungen, bei denen dies praktisch hervorgerufen könnte; aber wenn z. B. Präsidentenwahl oder General-Versammlung stattfindet, wird dies allerdings scharf hervortreten; diejenigen, welche abdam mit ihren Beiträgen für die letzten vier Wochen im Rückstande sind, werden vergeblich ihr Stimmrecht beanspruchen. Man wird ihnen das Statut entgegenhalten.

Die jetzige Einrichtung ist folgende: Die Mitglieder haben bis zum 15. jedes Monats die Beiträge des vergangenen Monats nebst Abrechnung an den Vereins-Cassier zu senden. Auch von den Orten aus, wo zwanzig oder weniger Mitglieder sind, soll die Einzahlung von jetzt an monatlich geschehen.

Bis zur Hälfte der Beiträge kann für Ausgaben, die man an Ort und Stelle für nötig hält, verwandt werden. Alles aber, was nicht ausgegeben ist — unter allen Umständen mindestens die Hälfte des Eingegangenen — ist an die Vereinskasse abzuführen.

Wir bemerken hierzu noch, daß also die Einzahlungen und Abrechnungen für Monat September von sämtlichen Orten her spätestens am 15. October in der Hand des Vereins-Cassiers, Herrn W. Hagenlewer, zu Halber, sein müssen. Nach dem 15. October wird in dem „Soc.-Dem.“ und in der „Freien Zeitung“ vom Vereins-Cassier bekannt gemacht werden, wer und wer nicht seine Beiträge eingeschickt hat.

Dispensationen werden von jetzt ab nur in den äußersten Fällen erteilt werden. Die locale Agitation und dergleichen ist kein Dispensationsgrund; die Mitglieder müssen festhalten, daß wir ein einheitlicher Verein durch ganz Deutschland sind, daß in der Einheitlichkeit des Vereins unsere Hauptstärke und unsere bleibende Macht liegt, und daß also die Verpflichtungen gegen den Verein allen anderen Verpflichtungen vorgehen. Demgemäß haben die Mitglieder zu handeln. Aus dem angegebenen Grunde sind auch die Finanzverpflichtungen gegen die Vereinskasse wichtiger als andere Finanzverpflichtungen. Der Vereinspräsident wird auf seiner Reise denjenigen Mitgliedschaften, die dies wünschen, die betreffenden Gesichtspunkte, die sich aus dem Prinzip unserer Agitation ergeben, näher auseinandersetzen.

Ordnung muß in jeder Beziehung im Verein eintreten. Aus diesem Grund ist das Secretariat vom Vereinspräsidenten angewiesen worden, alle einlaufenden Briefe binnen 24 Stunden zu beantworten. Briefe, die selbst nur eine Antwort auf ein Schreiben des Secretariats sind, bedürfen selbstverständlich keiner Antwort. In Betreff aller anderen Briefe aber soll Beantwortung binnen 24 Stunden stattfinden.

**Berlin, 3. Okt.** (Geschlossene Mitglieder-Versammlung.) Die gestrige Versammlung wurde wie gewöhnlich um 9 Uhr vom Bevollmächtigten Löbke eröffnet. Derselbe theilte zunächst mit, daß zwei Mitglieder von auswärts anwesend seien, die Herren Gedde, Bevollmächtigter für Bielefeld, und Gawalec, Bevollmächtigter für Dörmichen, was mit Beifall angenommen wurde. Hierauf hielt der Vereinspräsident einen Vortrag über die Grundlage des Socialismus. Es war vielseitig gewünscht worden, daß um der neuen Mitglieder willen unsere Lehre wieder einmal von Grund aus entwickelt werden möge und diesem Wunsche nachzukommen, war der Zweck des heutigen fast anderthalbstündigen Vortrages. In denselben knüpfte sich eine längere Debatte, an der sich die Herren Kiewitz, Koss, Kurin und Winkler beteiligten. Hierauf ergriff Herr Gedde das Wort, um den Berliner Mitgliedern für ihren freundlichen Empfang zu danken und denselben die Grüße der Parteigenossen in der Heimath zu überbringen, was dem Vereinspräsidenten Gelegenheit gab, in einigen Worten hervorzuhellen, wie die Arbeiter im Allgemeinen sich überall als innig verbundene Brüder fühlten. Er spreche jedenfalls im Sinne der Berliner Mitglieder, wenn er sage, daß diese die Grüße ihren auswärtigen Parteigenossen herzlich erwiderten. Herr A. Kapell machte noch darauf aufmerksam, wie es an den kleineren Orten oft weit schwieriger sei, die Mitgliedschaften zusammenzubringen, als in den größeren Städten. Demnach verlas Herr Koss den in Nr. 116 des „Soc.-Dem.“ abgedruckten Auszug aus dem sogenannten „Protokoll“ der „Ehrlichen“ über den Eisenacher Congress, was theils große Heiterkeit, theils aber auch Entrüstung über die wahrheitswidrige Darstellung hervorrief. Hierauf wurden verschiedene innere Vereinsangelegenheiten besprochen. Zwei derselben haben für die Vereinsmitglieder überall Interesse und wir geben daher die Verhandlungen ausführlicher wieder.

Zunächst regte Herr Koss an, die Mitgliedschaft möge für den in Nr. 113 erwähnten in Roth gerathenen Agitator eine Sammlung veranstalten. Dies gab dem Vereinspräsidenten zu folgender Erklärung Veranlassung:

Der Vereinspräsident: Die außerordentlichen Sammlungen in jeder Mitgliederversammlung sind ein Uebel. Es muß darauf hingewirkt werden, die Finanzen der Partei derart zu ordnen, daß die regelmäßigen Beiträge und Kassenbestände für alle Zwecke möglichst anreichern. Nicht eher werden wir in Wirklichkeit eine vollständig organisierte Partei sein, als bis dies erreicht ist. Es wird zwar unter allen Umständen Fälle geben, in welchen Extrasamm-

lungen am Plage sind, aber es gilt dahin zu wirken, daß dies eben nur in gewissen äußersten Fällen nötig ist. Jede Jeder regelmäßig seine Beiträge, schicke der Beitragsamtlers sie ordentlich an die Vereinskasse und wir brauchen die störenden Extrasammlungen nicht. Die Hamburger konnten uns, was Finanzordnung betrifft, von jeder als Muster dienen. Jeder soll genau wissen, welche Steuern er der Partei schuldet und soll die Gewißheit haben, daß er, außer in gewissen äußersten Fällen, nicht weiter in Anspruch genommen wird. Dasselbe gilt von den Gewerkschaften und dem Verband. Vollkommene Finanzordnung muß überall durchgesetzt werden.

Hierauf beschloffen die Mitglieder, von demjenigen Theil ihrer Beiträge, über welchen ihnen Verfügungsrecht zusteht (der Hälfte), 3 Thlr. für den betreffenden Agitator zu bestimmen.

Die zweite Angelegenheit von allgemeinem Interesse, kam in Folge einer Interpellation zur Sprache. Der Vereinspräsident wurde nämlich darüber interpellirt, wie es mit den Herren König und Birch sehe.

Der Vereinspräsident: Sie wissen, ich habe in Aussicht gestellt, daß gegen die Herren wegen ihrer rechtswidrigen Verwendung von Arbeitergeldern in aller Form bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gemacht würde. Ich bin persönlich auch heute noch der Ansicht, daß dies geschehen sollte. Ich bin indessen in meiner Absicht dadurch zweifelhaft geworden, daß mir mitgeteilt wurde, die Mitglieder mißbilligten meine Strenge. (Rufe: nein! nein!) Es sei bedenklich, einen Arbeiter (König), „unglücklich zu machen.“ In einem Brief aus Barmen wird gemeldet, auch die dortigen Mitglieder seien mit dieser Strenge unzufrieden. Diejenigen, die meine Strenge principiell tadeln, sind im Irrthum; der Scandal, daß mit den Arbeitergeldern willkürlich und gewinnlos verfahren wird, muß durchaus aufhören. Ich bin darüber vollständig im Klaren, daß ich in Zukunft unter keinen Umständen Schonung obwalten lasse. Wenn ich in dem vorliegenden Falle schwanken geworden bin, so ist es geschehen in Gemäßheit einer Erwägung, auf die man mich aufmerksam gemacht hat: daß nämlich die beiden Herren noch nicht genügend gewarnt waren, indem bisher keine durchgreifende Strenge angewandt wurde, so daß also die beiden Herren die Sache zu leicht nahmen. Ob dies wirklich ein Entschuldigungsgrund und nicht bloß ein Erklärungsgrund der Sache ist, mag dahingestellt bleiben. Wenig, das Anstehen dieser Erwägung hat mich zu einem Aufschub bestimmt. Ich will es den Berliner Mitgliedern, die die vorliegenden Verhältnisse am besten kennen müssen, überlassen, mit ein Gutachten abzugeben, ob die Anzeige stattfinden soll oder nicht. Bejahen die Berliner Mitglieder diese Frage, sind sie für die Anzeige, so werden die Mitglieder auswärts, die etwa mit der Maßregel unzufrieden sind, erwägen müssen, daß man in Berlin am besten die in Betracht kommenden Umstände kennt und zu würdigen vermag, so daß die Meinung der Berliner Mitglieder in diesem Fall maßgebend sein muß. Aber so viel steht fest: mag für diesmal Milde oder Strenge walten, in Zukunft werde ich unter allen Umständen schonungslos vorgehen; denn jetzt ist Jeder genügend gewarnt und wer sich nicht „unglücklich machen will“ d. h. wer sich nicht die Kraft zutraut, die Gelder richtig und rechtlich zu verwalten, der nehme kein Amt an, wobei er mit Geld zu thun hat.

Nachdem noch einige Mitglieder in gleichem Sinne das Wort ergriffen, wird die Frage vorgelegt:

„Sprechen die Berliner Mitglieder dem Präsidenten den Wunsch aus, derselbe möge, wie er angekündigt, die Anzeige gegen die Herren König und Birch bei der Staatsanwaltschaft einreichen?“ Die Frage wird einstimmig bejaht, worauf der Präsident erklärt, seine Zweifel seien hierdurch geschwunden und die Denunciation werde also stattfinden. Schluß der Sitzung kurz vor ein Uhr Nachts.

**Augsburg, 27. Sept.** (Agitation für das allgemeine Wahlrecht.) Eine Versammlung zur Abendung einer Adresse an die Kammer der Abgeordneten, wegen allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts fand Samstag den 25. Sept. im Gasthaus „Zum Stiefgärtchen“ statt. Sie war von 3000 Personen besucht. Nachdem Herr Taucher dieselbe eröffnet hatte, wurde zur Bildung des Büreaus geschritten, wobei nachbenannte Personen aus der Wahl hervorgingen: Stollberg wurde erster, Seif zweiter Vorsitzender und der Unterzeichnete Schriftführer. Es erhielt zunächst Herr Taucher als Referent das Wort. Redner hob die Wichtigkeit des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für den Arbeiterstand hervor, und forderte die Arbeiter Augsburgs auf, trotzdem sie schon zweimal mit ihrer Forderung abgewiesen worden seien, dieselbe immer wieder, und zwar nur desto lauter und kräftiger zu stellen. Er machte zugleich der Versammlung bekannt, daß gegenwärtig auch in München und Würzburg von unsern Parteigenossen Volksversammlungen abgehalten würden, um diesen wichtigen Gegenstand zu besprechen, welche Theilnahme mit allgemeinem Jubel angenommen wurde. Redner verlas dann die unten folgende Adresse und empfahl dieselbe der Versammlung. Es sprachen noch für Annahme der Adresse die Herren Seif von hier, Bühl von Stadtbergen und schließlich Stollberg. Die Adresse wurde darauf in der vorliegenden Fassung einstimmig angenommen. Unsern Parteigenossen in ganz Deutschland rufen wir zu, daß die Augsburger Arbeiter in ihrer großen Mehrheit tren und fest zum großen Bruderbunde stehen. Mit Gruß

J. Endres.

Die Adresse lautet: „Die am 25. September d. J. in München, Augsburg und Würzburg abgehaltenen Volksversammlungen, so wie die sich ihnen anschließenden Volksversammlungen haben beschlossen, im Namen des bairischen Volkes der Forderung desselben auf Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts vor der Hohen Kammer der Abgeordneten mit ernster Entschiedenheit und — nachdem mannigfache Erörterungen den Gegenstand im Principe vollkommen klar gestellt haben, — mit angemessener Kürze Ausdruck zu geben, und wurden zu diesem Zwecke die ehrfurchtsvoll Unterzeichneten beauftragt, der Hohen Kammer die nachfolgenden Erklärungen in Vorlage zu bringen:

1) Die Hohen Kammer der Abgeordneten ist aufgefordert und bei ihrer Pflicht gehalten, sich mit keiner anderen

Vorlage, als mit der eines neuen Wahlgesetzes zu fassen und hat demgemäß eine solche Vorlage unter Vorbehalt von der I. Staatsregierung zu verlangen, nöthigenfalls die Erklärung, daß sie bei abschlägigem Bescheide sich verpflichtet fühlen würde, ihr Mandat niederzulegen.

2) Legt die I. Staatsregierung den verlangten Entwurf vor, so hat die Hohen Kammer der Abgeordneten die Verpflichtung, durch die Bearbeitung desselben, dem bairischen Volke das allgemeine direkte Wahlrecht zu verheimlichen Abstimmung und Diätenzahlung zu schaffen und hierzu in das neue Wahlgesetz keine andere Beschränkung, als für die aktive Wahlfähigkeit das Erforderniß der Volljährigkeit und des Genusses der bürgerlichen Rechte, und für die passive Wahlfähigkeit das Erforderniß eines Alters von mindestens 25 Jahren zuzulassen, bis die Wahlperiode im Gesetze zu bestimmen und die Wahlperioden auf eine Zeit von höchstens 3 Jahren abzukürzen.

3) Sollte die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes oder Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts mit gebührender Zustimmung und Diätenzahlung verweigert oder nicht in bestimmter Zeit mit Sicherheit in Aussicht gestellt werden, so ist die Hohen Kammer der Abgeordneten aufgefordert, die Auflösung bei der I. Staatsregierung zu beantragen und unabhängig hiervon ihre Mandate niederzulegen.

Dasselbe wird als ihre Pflicht erklärt, wenn die fassungsmäßig erforderliche Zustimmung der beiden Abgeordnetenkammern nicht — oder nur unter der Bedingung zu erzielen ist, daß ein wesentlicher Theil des Gesetzes aufgegeben werden soll.

4) Nur durch eine unverzügliche, entschiedene freistimmige Sache des Volkes in Wahrheit vertretende Geltendmachung des Grundrechtes der staatlichen Einheit, durch eine unabweisbare, streng principielle Haltung in der Durchführung dieser ersten und wichtigsten Aufgabe des gegenwärtigen Landtages kann sich die Kammer das Vertrauen der Gesamtheit des Volkes erwerben. Sie kann und soll, wenn sie ihre Pflicht gethan hat, eine andere Kammer je vor ihr, ihren Abschied verlesen und — falls er ihr verweigert wird — durch Niederlegung ihres Mandats der auf Grund des neuen Wahlgesetzes ganzen Volke und ohne Wahlverweigerung gemüthlich Kammer Platz machen; konnte sie aber auch durch ihre Pflichterfüllung den vorgestelltem Zweck nicht erreichen, soll und muß sie das Weiterem dem dann erst zur Erkenntniß der politischen Lage erwachenden Volke überlassen.

5) Für den behandelten Fall jedoch, daß die Kammer der Abgeordneten sich nicht sollte entschließen, den Aufforderung auf Niederlegung ihres Mandats dem einen oder anderen der vorgedachten Fälle zu entsprechen, wird von dem Pflichtgefühl der Hohen Kammer erwartet, daß sie dem Lande wenigstens vollständige Wahlfreiheit, freies Vereins- und Versammlungswesen und damit völlige Coalitionsfreiheit schaffen werde.

6) Bei gänzlicher Nichtberücksichtigung dieser Forderungen, insbesondere bei Verschleppung oder Verhinderung des dringend notwendigen Gesetzes der Saumseligkeit und Unentschiedenheit, würde große Mehrheit des Volkes in der Hohen Kammer der Abgeordneten nicht mehr ein Institut der Volksvertretung, sie ohnedies zufolge des gegenwärtigen Wahlgesetzes nur über nach sein kann, sondern die Hohen Kammer wird dadurch, daß sie den ferneren Ausschluß der Masse des Volkes von der direkten Gesetzgebung möglich macht, würde durch ein Fortbestehen des bisherigen Wahlgesetzes oder eine ungenügende Aenderung desselben — es zu wollen, beweisen haben, daß sie sich selbst aus ihrer Aufgabe nicht als Volksvertretung auslöset, auch in der Tendenz ihrer Entsetzung als Klassen Vertretung entspricht, somit aber von der Volksgesamtheit nur dem größten Mißtrauen betrachtet werden kann.

Für diesen Fall nun wird die Hohen Kammer der Abgeordneten hiermit feierlich für alle Folgen verantwortlich gemacht und vor dem Richterthum der öffentlichen Meinung und der Geschichte nach Verdienst gerichtet werden.

Indem man sich erkant, zur Begründung dieser Erklärungen auf eine zu diesem Behufe in der Anlage beigefügte Flugdrift, theilt: „Die Gegenwart und die Allgemeine direkte Wahlrecht“ ehrfurchtsvoll zu weisen und im Uebrigen ebenso auf den Umstand Bezug zu nehmen, daß die letzte Wahl der Landtag Abgeordneten vielfach als ungültig betrachtet wird, was gesetzlichen Bestimmungen über die zur Wahlmannschaft bedingte Eigenschaft eines „Staatsbürgers“ hinsichtlich von der neuen Socialgesetzgebung beseitigten Begriffe „Anfähigkeit“ nichtig geworden sind, — richten die eingangs bezeichneten Volksversammlungen anwesenden fernen Staatsangehörigen Namens des bayerischen Volkes die Hohen Kammer der Abgeordneten die ehrfurchtsvolle die in den vorstehenden Resolutionen ausgeprochenen Forderungen im Interesse des Vaterlandes, auf welche allein durch das allgemeine direkte Wahlrecht zu bewirkende Gestaltung des heutigen Staats in den „Volks Willen“ die Segnungen der Freiheit und der allgemeinen Wohlthat verbreiten wird; — im Interesse der deutschen Nation, auf deren freiheitliche Einigung ein deutsches Vorgehen Bayerns im gegenwärtigen Augenblicke von dem besten Erfolge sein würde — im Interesse der Freiheit, deren heiliges Recht in diesen Forderungen ausgesprochen ist; — mit allem Ernste zu erwägen und — nach links oder rechts um die „Möglichkeit“ zu fragen, nur nach ihrem Rechtsbewußtsein zu entscheiden.

Das Volk wird zwar in allen Fällen der bürgerlichen Rechtfertigung und Bevormundung bald genug so überlassen werden, daß der „Klassenstaat“ noch fallen muß, an der Hohen Kammer der Abgeordneten ist es aber, Augenblick zu zögern, alles zu thun, was zu verhältnißmäßigem Stande ist, daß der Weg, auf dem das Recht der Arbeiter und damit das Recht des armen Arbeiters sich Bahn ein anderer, als der Weg des Friedens ist.“

**Nürnberg, 28. Sept.** (Große Niederlage der Volkspartei.) Sonntag, den 26. Nachmittags hier selbst im Saale des Kontumax-Gartens eine große Beirerversammlung abgehalten, zu welcher durch Plakate Arbeiter Nürnbergs eingeladen waren, und in welcher





**Cöln, 25. Sept. (Resolution. Krankenkasse.)**

Heute fand hier eine außerordentliche Versammlung der Mitglieder der Metallarbeiter-Gesellschaft statt, in welcher nachstehende Resolution gefaßt wurde: „In Erwägung, daß auf Grund des § 30 der Verbandsstatuten das Verbandspräsidium mit Zustimmung des Ausschusses unter Aufsichtsetzung früherer Beschlüsse vorübergehend alle Anordnungen treffen kann, ist der in Nr. 82 des „Soc.-Dem.“ publicirte Beschluß des Verbandsausschusses vollkommen den Statuten gemäß und erklärt die hiesige Mitgliedschaft sich demselben zu unterwerfen bis zur nächsten Generalversammlung.“ Dieselbe wurde nach eingehender Debatte einstimmig angenommen. Außerdem wurde die Statutenvorlage der Krankenkasse einer eingehenden Diskussion unterworfen und nach langer Debatte vollständig verworfen. Fast alle Redner wiesen darauf hin, daß eine auf diese Statuten gegründete Kasse drei Monate lang lebensfähig sein könnte, indem die Erfahrung beweise, daß zum mindestens immer 2—3 Prozent Kranke zu unterhalten seien. Wenn beispielsweise an einem Orte 100 Mitglieder sind, so macht das eine wöchentliche Einnahme zu 1 1/2 Sgr. pro Mann und Woche von 30 Thirn. Sind aber bloss 2 Kranke da, so beträgt schon die Ausgabe 33 Thirn. 18 Sgr. Häufig sind aber mehr Kranke vorhanden als 2 Prozent, sehr selten weniger. Die Einkassengebühr zu 5 Sgr. würden größtentheils zu den ersten notwendigen Einrichtungen verbraucht werden, so daß also so zu sagen niemals ein Reservefonds erzielt werden könnte zur Zeiten außerordentlich zahlreicher Krankheitsfälle. Alle an der Debatte beteiligten Redner gingen sehr in die Verhältnisse des Krankentassenwesens ein und förderten manche wesentlich wichtige Punkte zu Tage. Namentlich wurde darauf hingewiesen, daß die Kasse centralisirt werden müßte, besonders wenn die Mitglieder überall gleiche Rechte haben sollten. Es wurde dann beschlossen, die Statuten zu verwerfen, und den Ausschuß resp. das Präsidium anzufragen, hier im Rheinlande, wo möglich in Cöln, eine Commission zu ernennen, um dieselben zu revidiren und zu verbessern.

**Breslau, 24. Septbr. (Beschlüsse.)**

In der am 20. d. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde, da der Bevollmächtigte Richter sein Amt niedergelegt, Herr Simm gewählt. Ferner wurde folgende Resolution angenommen: „Die Breslauer Mitgliedschaft der Metallarbeiter-Gesellschaft erklärt, daß sie die volle Solidarität der deutschen Arbeiterpartei und bezüglich darauf den Beschluß des Verbandsausschusses anerkennt, und daß Mitglieder, welche gegen den Allg. deutsch. Arb.-Verein und den Verband agiren, auf Grund des Verbandsbeschlusses von den Mitgliedschaften ausgeschlossen werden.“ — Sodann wurde noch über die doppelt erhöhten Beiträge der Arbeiter-Gesellschaft, als der Agitation hinderlich, Beschlüsse gefaßt, und beschlossen zu Gunsten der Streikenden eine allgemeine Versammlung einzuberufen und Beiträge zu sammeln. Mit social-demokratischem Gruß Julius Scheitl.

**Hamburg, 28. Sept. (Präsidentenwahl.)**

In der gestern abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde in eingehender Diskussion, an der sich mehrere Redner beteiligten, die Personalfrage gehörig erörtert, und es erhielt von den vorgeschlagenen Candidaten Herr Hauslein in Offenbach die Majorität. An Euch Parteigenossen die Bitte, schließt Euch uns an, damit wir einen Präsidenten an der Spitze haben, der unsere Interessen vertritt, treu zum Verbands hält und mit ganzer Seele Socialist ist. Einen halbweiligen können wir nicht gebrauchen. Er muß ein ganzer Mann sein, damit, wenn ein Sturm heranbraust, er nicht das Hasenpanier ergreift, sondern anscharrt. Siehet fest zur Fahne und laßt Euch von keinem betören, der nur darauf bedacht ist, sein eigenes ich zur Geltung zu bringen. Von halben Penten spricht der Dichter: „Was ist der Philister? Ein hohler Darm Voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm.“ Mit social-demokratischem Gruß L. Münderl.

**Höchst, 27. Sept. (Zur Abwehr.)**

In Betreff der jüngst erfolgten Verhöhnungen und Verleumdungen von Seiten der Mainzer Metallarbeiter-Gesellschaft gegen die Höchster Arbeiter sehen wir uns veranlaßt, nachfolgende Basisdaten der Öffentlichkeit zu übergeben. Vor ungefähr 6 Wochen erschienen in einer Metallarbeiter-Versammlung in Höchst 2 Deputirte aus Mainz, welche erklärten, daß die Mainzer Metallarbeiter in der Fabrik des Herrn Crausé sich genöthigt sähen, nächster Tage die Arbeit einzustellen und sie fragten deshalb nach, ob wir sie hier unterstützen und keine Arbeit von Mainz machen wollten. Beide Fabriken stehen unter einer Direction und gehören einer Privatgesellschaft. Sämmtliche Höchster Arbeiter erklärten sich damit einverstanden. Bierzehn Tage darauf erschienen 4—6 Delegirte unverhofft in einer Versammlung und kündigten an, daß sie in Mainz Strike gemacht und wir dem Versprechen gemäß am nächsten Tage die Arbeit niederlegen sollten. Wir verwahrten uns gegen dieses Versprechen und baten uns Bedenken von 4 Tagen aus, worüber die Mainzer schon erboht abgogen. Nach abgelaufener Bedenkzeit kamen wieder mehrere und die Arbeit sollte sofort eingestellt werden, aber kein Arbeiter that es, was in jeder Beziehung gerechtfertigt war. Die Gründe sind folgende: Das hiesige Geschäft hat erstens sämmtliche Wasserarbeit, das Mainz nur Gasarbeit, also kann von einer Concurrenz der hiesigen Arbeiter mit den Streikenden keine Rede sein, da wir verschiedene Artikel verfertigen und der hiesige Director uns erklärt hat, daß wir niemals Gasarbeit hier zu machen brauchen. Zweitens wurde in öffentlicher Versammlung jeder Arbeiter vom hiesigen Geschäft aufgefordert, sofern er eine Klage hätte, möge er sie vorbringen. Es hat sich keiner gemeldet. Drittens sind die hiesigen Lohnverhältnisse noch erträglicher und Strike machen würde unter den jetzigen Verhältnissen sicher nicht zu einem Siege führen können, es wäre dadurch höchstens unsere Lage verschimmert. Es arbeiten hier ungefähr 100 Arbeiter, ohne Lehrlinge und Tagelöhner zu rechnen, hiervon verdienen 20 über 15 fl., 70 über 10 und 10 über 6 fl.

Ich führe diese Zahlen an, weil die Mainzer in einer Versammlung erklärten: „Der Steinicus macht den Direktionschmucker und Haugmann läßt 8—8 Mann für sich arbeiten und giebt ihnen nur wenig.“ Beide Behauptungen sind erlogen. Hätten wir eine Ursache zum Streiken gehabt, so hätten wir, trotzdem auf hiesigem Platze keine weitere Arbeit zu bekommen ist, ebenfalls die Arbeit eingestellt. Aber ich weiß woher der Wind geht. Die „Ehrlichkeit“ ist im Spiele und eine junge Mitgliedschaft des Allg. deutsch. Arb. Vereins sollte zerstört werden. Nun ich kann Euch meinen Dank hiermit aussprechen, denn die Mitglieder kamen aus einem Sturm geläutert heraus und es zählt der Verein hierorts schon 116 Mitglieder. Die meisten kennen Euch von früher, und was Ihr jetzt sagt, ist das Gegentheil vom einstigen, also Renegatengeschmuck! Warum kamen Herr Leinweber und Schulz nicht in die Sonntags-Versammlung und schickten Herrn Böll. Warum hat Herr Böll bei meinem Vortrage nicht Stand gehalten, hat dieser Mann sich schließlich noch geschämt? Ich denke, daß wir nunmehr Ruhe haben, aber Verleumdungen werde ich schweigen, denn man ist dies bei dem großen Social-Demokraten L. gewohnt wie bei mehreren Strohmannern unter seinem Befehle. Von meiner Seite, wo das Raasch, wie Ihr wißt, voll ist, habt Ihr bei Gelegenheit weitere Dinge zu hören. C. Steinicus.

**Allg. Taback- u. Cigarrenarbeiter-Gesellschaft.**

**Altona, 1. Oct. (An die Mitglieder.)** Bei Vielen ist wohl der Gedanke rege geworden, sollen wir uns jetzt an die Hamburger resp. den Verband anschließen, oder warten bis zur gesetzlichen Generalversammlung. Wer auf der sog. „gesetzlichen“ Generalversammlung, einberufen vom ungesetzlich handelnden Directorium und Ausschuß, erscheinen will, muß erst bezahlen. Aber alle diejenigen Orte, welche Geld in der Kasse haben, werden sich wohl in Acht nehmen, ihr Geld nach Berlin zu schicken, weil das Directorium fallen muß; die kleineren Orte dagegen werden wohl ihre Abrechnung schicken, haben dann auch das Recht, auf der Generalversammlung sich vertreten zu lassen, und werden so jene Personen hochhalten, die doch nun und nimmer mehr bleiben können ohne gänzliche Umkehr. Das aber thut der Freund in Braunschweig nicht. Also, Freunde, seid ganze Männer; Halbheiten nützen zu Nichts. Schließt Euch sofort uns an. Schon haben wir in Berlin eine Mitgliedschaft, und täglich erfolgen neue Beitrittserklärungen. Es ist möglich, daß auf der Bielefelder Generalversammlung zwei fremde Delegirte sind, und dahin würdet Ihr es nicht bringen, daß jenen Herrn das Handwerk gelegt würde; sie würden fortfahren, auf sog. gesetzlichem Wege den Allg. deutsch. Taback- und Cigarrenarbeiterverein hoch zu halten. Nur dadurch, daß Ihr Euch uns sofort anschließt, könnt Ihr Euren Zweck, die Einigkeit in unserer Corporation, und den Anschluß an den Verband erreichen. Also vorwärts, sendet Eure Adressen ein; ich werde das Protokoll Euch franco übersenden. Haltet dann Mitgliederversammlungen ab und wählt Bevollmächtigte und Districtsfürer. Sendet ein Verzeichniß der Mitglieder, sowie eine Uebersicht der Districtsverhältnisse und haltet stets fest an der Sache; saget Euch los von den Männern, welche die Arbeiterpartei zersplittern wollen. Georg Winter, am Felde 22 Ottenfen.

**Altona, 3. Oct. (Zur Notiz.)**

In der am 1. Oct. stattgehabten Versammlung ist Herr Graßmann, wohnhaft Gertrudenstr. No. 63, zum Präses der Krankenkasse, und Herr A. Meier, wohnhaft Conradstraße No. 7, zum Voten des Vereins gewählt worden. Sprechstunden des Votens sind: Morgens von 8 Uhr, Mittags von 12—2, Abends nach 7 Uhr. Anmeldungen zur Aufnahme beim Präses zu jeder Tageszeit. Mitglieder, deren Adresse nicht genügend bekannt, werden gebeten, selbige dem Voten anzugeben. G. Albrecht, Bevollm. Ed. Kraft, Präses.

**Allgemeiner deutscher Schuhmacher-Verein.**

**Berlin, 1. Octbr. (Anruf.)** Collegen! Jeder, der ein Herz für die Arbeiterfrage hat, der rühre sich, denn auch wir werden immer mehr und mehr vom Capital unterdrückt. Nicht die kleinen Meister wollen wir bekämpfen, sondern diejenigen, die nur vermöge ihres Capitals unser Geschäft betreiben, und so Kleinmeister wie Gesellen ruiniren. Auf tretet in unsere Reihen, auf daß wir nächstes Jahr gegen das Capital einen Front machen, wir, die wir 16 bis 18 Stunden arbeiten müssen, und unterm Tagelöhner stehen. Schließt ab Eure Laßheit; ermuntert Euch, ehe es zu spät wird. Mit Gruß Gregor Zielowsky.

**Berlin, den 30. September. (Resolution wegen des Stettiner Strikes.)**

Montag den 27. September hielten die Mitglieder eine Versammlung ab, welche gut besucht war. Ueber den Strike der Stettiner Schuhmacher referirte Herr Zielowsky. An der Debatte beteiligten sich die Herren Aurin, Schulz, Geisler, Kirchhof und mehrere Andere. Folgende Resolution von Herrn Aurin eingebracht, wurde einstimmig angenommen: „Die hiesige Versammlung der Berliner Schuhmacher erkennt die Forderungen der Stettiner Kollegen als gerecht an und ist gewillt, mit allen Mitteln die Stettiner Kollegen zu unterstützen.“ Herr Geisler wies nach, daß die Stettiner Geschäfte jetzt hier in Berlin ihre Arbeiten machen ließen, welches die größte Enttäuschung hervorrief. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß, wenn die Stettiner nur aushielten im Kampf, sie den Sieg davon tragen müßten. Ferner wurde beschlossen eine große Versammlung der Schuhmacher Berlins einzubringen, um wegen des Stettiner Striks Maßregeln zu erreichen. Auch wurde eine Sammlung zur Unterstützung der Stettiner Kollegen veranstaltet. Da in Stettin der Strike noch hartnäckig fortbauert, so würde es rathsam sein, daß alle Stettiner Schuhmacher, die irgend abreisen können, dieses schleunigst thun, um hier in Berlin untergebracht zu werden. Augenblicklich fehlt es hier einermassen an zuverlässigen Schuhmachern, und das Geschäft ist ziemlich im Gange. Nach Stettin können die Schuhmacher immer wieder zurückkehren, wenn es ihnen hier in Berlin nicht mehr gefällt. Collegen, Ihr müßt zeigen,

daß auch die Schuhmacher verstehen zu handeln. Stehet fest! Hoch die Arbeiterbewegung! Hoch der Allgem. deutsche Schuhmacher-Verein! F. Aurin, Königgraben 15.

**Deutsches Maler, Lackirer- u. Vergolder-Gewerk.**

**Hamburg, den 30. September. (An die Mitglieder.)** Ich ersuche die Bevollmächtigten, die durch die General-Versammlung notwendig gewordene Renoual der Bevollmächtigten — wo dies noch nicht geschehen ist — vorzunehmen und mir die genaue Adresse anzugeben, damit ich sie im Social-Demokrat zusammen veröffentlichen kann. Ferner theile ich mit, daß das Protokoll der General-Versammlung jetzt gedruckt und zum Versandt bereit liegt, per Exemplar 1 Sgr. zur Deckung der Kosten. Die neuen Quittungsbücher sind zum Gebrauch für und fertig, der Nachdruck hierzu ist zum Einleiben eingerichtet. Der Nachdruck der Statuten folgt nach. Ich ersuche nun die Bevollmächtigten für reichlichen Absatz der Protokolle thätig zu sein und darnach ihre Bestellungen zu machen. — Ebenso bitte ich die Bevollmächtigten nach Maßgabe der am Orte verbreiteten, wie der noch vorrätigen Quittungsbücher und Statuten mir den nöthigen Bedarf des Nachdrucks anzugeben, damit ich sie versenden kann. Schließlich die ertheilte Mittheilung, daß der Principal Herr C. Stegemann, unterstützt von unseren Braunschweiger Genossen in Wolfenbüttel eine Mitgliedschaft konstituir hat; möchten sich unsere dankbarsten kleinen Unternehmer ein Beispiel daran nehmen. Ebenso verdanken wir unseren wackeren Parteifreunden in Schwoerin die Bildung einer Mitgliedschaft. — Wir heißen sie alle freundlich willkommen in Bunde. Mit Gruß und Handschlag Jacob Ambrosius, Bergedorferstraße No. 10. 2. Etage.

**Allgemeiner deutscher Maurer-Verein.**

**Berlin, den 1. Oktober. (Zur Beachtung.)** Meine Wohnung befindet sich jetzt Admiralstraße 10. 2 Treppen. Friedrich Schröder, Geschäftsführer des Ausschusses.

**Allgemeine deutsche Gewerkschaft der Schneider, Kürschner und Kappenmacher.**

**Hamburg, 28. Sept. (Zur Beachtung.)** An die Bevollmächtigten richte ich nochmals das Ersuchen, ja darauf zu achten, daß bis zum 7. October die Rechnungen eingesendet werden, ob Geld vorhanden ist oder nicht. Die sämtlichen Orte werden nach dem 15. veröffentlicht; es ist unbedingt nöthig strenge Ordnung zu halten. Ferner werden zum letzten Mal noch diejenigen Orte aufgefordert sich zu melden, die sich noch nicht herbeigelassen haben, neue Mitgliedschaften aus der Opposition herauszubilden, oder ihren Anschluß an den Verband und ihre Anerkennung des neuen Statuts zu erklären. Ueberall wo 10 Mann sind, wähle man einen Bevollmächtigten und sende ein Mitgliederverzeichnis hier ein. Nach dem 7. October werde ich allen unseren Ortsbevollmächtigten die Weisung ertheilen: „Keine Unterstützung mehr an solche Mitglieder anzuzahlen, die jenen opponirenden Orten angehören. Dieses möge man beachten, wir betteln nicht und bitten nicht, unser Rechtsgefühl wird uns Einheit und Wachstum schaffen. Nächstens werden wir Gelegenheit haben, uns über die Zusammenstellung der Kölner Abrechnung zu freuen, wie schön da gewirtschaftet worden ist. Haben Orte noch keine genügende Mitgliederliste gesandt, so müssen sie es bis zum 7. October thun. Bis jetzt werden ungefähr 60 Orte mit 2000 Mitgliedern unserer Arbeiter-Gesellschaft im Anschluß an unsern Verband angehören. Wo bleibt da der famose internationale allerwärts Mainz-Köln-Schneider-Verein, den Schob gründeten wollte? Nur vorwärts, es sind bislang wieder angemeldet: Carlruhe, Berlin, Weimar, Essen, Bonn, Coblenz und Eberfeld. Diese Orte sind den schon veröffentlichten anzureihen. Für Angsburg wird der neu gewählte Bevollmächtigte hiermit beauftragt, sowie auch die der oben benannten 7 Orte. Ich ersuche die Bevollmächtigten des Allg. deutsch. Arb.-Vereins auch mit dafür zu sorgen, wo es gilt, den Gewerkschaften helfend beizustehen, ihnen die nöthige Aufklärung zu geben und vor Schmeicheleien zu warnen. Meinen Dank Herrn Wächner in Würzburg für die Bemühung für unsere Arbeiter-Gesellschaft. Zum Schluß bitte ich recht regsam zu sein, und legt dafür zu sorgen, daß unser Verbandsorgan der „Social-Demokrat“ recht verbreitet wird, das ist die notwendigste Agitation, weil die Handlungsweise aller Gewerke uns in das Treiben und Leben einweiht, und uns social-politische Aufklärung daraus zu Theil wird. Vorwärts, mein Schneider-Bataillon muß marschiren. Euer F. S. Lieblich.

**Graz, 23. Sept. (Strike.)**

Am 13. Debr. v. J. fand eine von 700 Mann besuchte Schneiderversammlung statt, in der beschlossen wurde, eine Lohnerhöhung um 40 Prozent von den Meistern zu verlangen, sowie sämmtliche Nacht- und Sonntagsarbeit für fernernhin zu unterlassen, da wir schon längst empfunden hatten, daß die lange Arbeitszeit der Ruin des Körpers und Geistes ist. Diese Beschlüsse wurden den Vorstehern der Schneidergenossenschaft übermittelte, welche darauf eine Meisterversammlung einberiefen. Diese hat die Forderungen sämmtlich verworfen und nicht ein Prozent Lohnerhöhung bewilligt. Es wird demzufolge am 27. Sept. von dem von uns gewählten Comite eine allgemeine Schneiderversammlung einberufen werden, worin das Comite Bericht erstatten wird. In Folge dessen wird wahrscheinlich dann die Arbeit von sämmtlichen Schneidern eingestellt werden, denn wir sind einig und hoffen auf Sieg. Ich ersuche deshalb alle Gesinnungsgenossen, den Jutug nach hier abzuhalten und wenn möglich für Unterstützung zu sorgen. Ewige Gelder wären zu schicken an A. Straßer, abzugeben bei Herrn Krammer, Raubergasse, Graz. Wir hoffen, Gesinnungsgenossen, da wir mit Euch ein Ziel verfolgen, auf Eure gütige Unterstützung. Mit social-demokratischem Brudergruß und Handschlag Wisl. Moser.

Karl Marx hat eine Broschüre über Louis Napoleon herausgegeben. Ueber Entstehung und Zweck dieser Abhandlung lassen wir am besten den Verfasser selbst reden, indem wir das Vorwort abdrucken: Mein zu früh verstorbenen Freund Joseph Weydemeyer beabsichtigte vom 1. Januar 1852 an eine politische Wochenschrift in New-York herauszugeben. Er forderte mich auf, für dieselbe die Geschichte des coup d'état zu liefern. Ich schrieb ihm daher wöchentlich bis Mitte Februar Artikel unter dem Titel: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“. Unterdeß war Weydemeyer's ursprünglicher Plan gescheitert. Dagegen veröffentlichte er im Frühling 1852 eine Monatschrift: „Die Revolution“, deren zweites Heft aus meinem „Achtzehnten Brumaire“ besteht. Einige hundert Exemplare davon fanden damals den Weg nach Deutschland, ohne jedoch in den eigentlichen Buchhandel zu kommen. Ein äußerst radikal thuerender deutscher Buchhändler, dem ich den Vertrieb anbot, antwortete mit wahrhaft sittlichem Entsetzen über solch „zeitwidrige Zimmthung“.

Man ersieht aus diesen Angaben, daß die vorliegende Schrift unter dem unmittelbaren Druck der Ereignisse entstand und ihr historisches Material nicht über den Monat Februar (1852) hinausreicht. Ihre jetzige Wiederveröffentlichung ist theils buchhändlerischer Nachfrage, theils dem Andrängen meiner Freunde in Deutschland geschuldet.

Von den Schriften, welche ungefähr gleichzeitig mit der meinigen denselben Gegenstand behandelten, sind nur zwei bemerkenswerth: Victor Hugo's: „Napoleon le Petit“ (Napoleon der Kleine) und Proudhon's: „Coup d'Etat“ (Staatsstreich).

Victor Hugo beschränkt sich auf bittere und geistreiche Invektive gegen den verantwortlichen Herausgeber des Staatsstreichs. Das Ereigniß selbst erscheint bei ihm wie ein Blitz aus heit'rer Luft. Er sieht darin nur die Gewaltthat eines einzelnen Individuums. Er merkt nicht, daß er dies Individuum groß statt klein macht, indem er ihm eine persönliche Gewalt der Initiative zuschreibt, wie sie beispiellos in der Weltgeschichte dastehen würde. Proudhon seinerseits sucht den Staatsstreich als Resultat einer vorhergegangenen geschichtlichen Entwicklung darzustellen. Unter der Hand verwandelt sich ihm jedoch die geschichtliche Konstruktion des Staatsstreichs in eine geschichtliche Apologie des Staatsstreichs. Er verfällt so in den Fehler unseres sogenannten objektiven Geschichtsschreiber. Ich weise dagegen nach, wie der Klassenkampf in Frankreich Umstände und Verhältnisse schuf, welche einer mittelmäßigen und grotesken Personage das Spiel der Heldenrolle ermöglichten.

Eine Umarbeitung der vorliegenden Schrift hätte sie ihrer eigenthümlichen Färbung beraubt. Ich habe mich daher auf bloße Korrekturen von Druckfehlern beschränkt und auf Wegstreichungen jetzt nicht mehr verständlicher Anspielungen. Der Schlußsatz meiner Schrift: „Aber wenn der Kaisermantel endlich auf die Schultern Louis Bonaparte's fällt, wird das eiserne Standbild Napoleon's von der Höhe der Vendôme'ssäule herabstürzen“, hat sich bereits erfüllt.

Oberst Charras eröffnete den Angriff auf den Napoleon-Kultus in seinem Werke über den Feldzug von 1815. Seitdem, und namentlich in den letzten Jahren, hat die französische Literatur mit den Waffen der Geschichtsforschung, der Kritik, der Satyre und des Witzes der Napoleon-Legende den Garans gemacht. Außerhalb Frankreichs ward dieser gewaltsame Bruch mit dem traditionellen Volksglauben, diese ungeheure geistige Revolution, wenig beachtet und noch weniger begriffen.

Schließlich hoffe ich, daß meine Schrift zur Beseitigung der jetzt namentlich in Deutschland landläufigen Schulprose vom sogenannten Casarismus beitragen wird. Bei dieser oberflächlichen geschichtlichen Analogie vergißt man die Hauptsache, daß nämlich im alten Rom der Klassenkampf nur innerhalb einer privilegierten Minorität spielte, zwischen den freien Reichen und den freien Armen, während die große produktive Masse der Bevölkerung, die Sklaven, das bloß passive Piedestal für jene Kämpfer bildete. Man vergißt Simon di's bedeutenden Ausspruch: Das römische Proletariat lebte auf Kosten der Gesellschaft, während die moderne Gesellschaft auf Kosten des Proletariats lebt. Bei so gänzlicher Verschiedenheit zwischen den materiellen, ökonomischen Bedingungen des antiken und des modernen Klassenkampfes können auch seine politischen Ausgebürten nicht mehr mit einander gemein haben als der Erzbischof von Canterbury mit dem Hohenpriester Samuel.

London, 23. Juni 1869. Karl Marx.

So der Verfasser selbst und es ergibt sich aus diesem Vorwort hinreichend, was man von der Abhandlung zu erwarten hat. Um indessen zugleich eine Probe zu geben, wie die einzelnen Ereignisse behandelt sind, lassen wir nachstehend eine Stelle über den Juniaufstand folgen:

Auf die bürgerliche Monarchie Louis Philipps kann nur die bürgerliche Republik folgen, d. h. wenn unter dem Namen des Königs ein beschränkter Theil der Bourgeoisie geherrscht hat, so wird jetzt im Namen des Volkes die Gesamtheit der Bourgeoisie herrschen. Die Forderungen des Pariser Proletariats sind utopische Pläne, womit geendet werden muß. Auf diese Erklärung der konstituierenden Nationalversammlung antwortete das Pariser Proletariat mit der Juni-Insurrektion, dem kolossalsten Ereigniß in der Geschichte der europäischen Bürgerkriege. Die bürgerliche Republik segte. Auf ihrer Seite stand die Finanzaristokratie, die industrielle Bourgeoisie, der Mittelstand, die Kleinbürger, die Armee, das als Mobilgarde organisirte Lumpenproletariat, die geistigen Kapazitäten, die Pfaffen und die Landbevölkerung. Auf der Seite des Pariser Proletariats stand Niemand als es selbst. Ueber

3000 Insurgenten wurden niedergemetzelt nach dem Siege, 15000 ohne Urtheil transportirt. Mit dieser Niederlage tritt das Proletariat in den Hintergrund und der revolutionäre Bühne. Es versucht sich jedesmal wieder vorzudrängen, sobald die Bewegung einen neuen Anlauf zu nehmen scheint, aber mit immer schwächerem Kraftaufwand und stets geringerem Resultat. Sobald eine der höher über ihm liegenden Gesellschaftsklassen in revolutionäre Wädhung geräth, geht es eine Verbindung mit ihr ein und theilt so alle Niederlagen, die die verschiedenen Parteien nach einander erleiden. Aber diese nachträglichen Schläge schwächen sich immer mehr ab, je mehr sie sich auf die ganze Oberfläche der Gesellschaft vertheilen. Seine bedeutenderen Führer in der Versammlung und in der Presse fallen der Reihe nach den Gerichten als Opfer und immer zweideutigere Figuren treten an seine Spitze. Jam Theil wirt es sich auf doktrinaire Experimente, Tauschbanken und Arbeiter-Associationen, also in eine Bewegung, worin es darauf verzichtet, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesammtmitteln umzuwälzen, vielmehr hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb seiner beschränkten Existenzbedingungen, seine Erlösung zu vollbringen sucht, also nothwendig scheitert. Es scheint weder in sich selbst die revolutionäre Größe wiederzufinden, noch aus den neu eingegangenen Verbindungen neue Energie gewinnen zu können, bis alle Klassen, womit es im Juni gekämpft, nebst ihm selbst platt darniederliegen. Aber wenigstens erliegt es mit den Ehren des großen weltgeschichtlichen Kampfes; nicht nur Frankreich, ganz Europa zittert vor dem Junierdbeben, während die nachfolgenden Niederlagen der höhern Klassen so wohlfeil erkaufte werden, daß sie der freien Uebertreibung von Seiten der siegenden Partei bedürfen, um überhaupt als Ereignisse passiren zu können, und um so schmachvoller werden, je weiter die unterliegende Partei von der proletarischen entfernt ist.

Die Niederlage der Juniinsurgenten hatte nun allerdings das Terrain vorbereitet, gebuet, worauf die bürgerliche Republik begründet, aufgeführt werden konnte; aber sie hatte zugleich gezeigt, daß es sich in Europa um andere Fragen handelt, als „um Republik oder Monarchie“. Sie hatte offenbart, daß bürgerliche Republik hier die uneingeschränkte Despotie einer Klasse über andre Klassen bedeute. Sie hatte bewiesen, daß in altweltlichen Ländern mit entwickelter Klassenbildung, mit modernen Produktionsbedingungen und mit einem geistigen Bewußtsein, worin alle überlieferten Ideen durch Jahrhundert lange Arbeit aufgelöst sind, die Republik überhaupt nur die positive Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet und nicht ihre konservative Lebensform, wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo zwar schon Klassen bestehen, aber sich noch nicht fixirt haben, sondern in beständigem Fluße fortwährend ihre Bestandtheile wechseln und an einander abtreten, wo die modernen Produktionsmittel, statt mit einer stagnanten Ueberbülterung zusammenzufallen, vielmehr den relativen Mangel an Köpfen und Händen ersetzen, und so endlich die sieberhaft jugendliche Bewegung der materiellen Produktion, die eine neue Welt sich anzueignen hat, weder Zeit noch Gelegenheit lieh, die alte Geisteswelt abzuschaffen.

Alle Klassen und Parteien hatten sich während der Junitage zur Partei der Ordnung vereint gegenüber der proletarischen Klasse, als der Partei der Anarchie, des Socialismus, des Communismus. Sie hatten die Gesellschaft „gerettet“ gegen „die Feinde der Gesellschaft“. Sie hatten die Stichworte der alten Gesellschaft, „Eigenthum, Familie, Religion, Ordnung“, als Parole unter ihr Heer angetheilt und der kontreevolutionären Kreuzfahrt zugerufen: „Unter diesem Zeichen wirst du siegen!“ Von diesem Augenblick, sobald eine der zahlreichen Parteien, die sich unter diesem Zeichen gegen die Juniinsurgenten geschaart hatten, in ihrem eigenen Klasseninteresse den revolutionären Kampfplatz zu behaupten suchte, unterliegt sie vor dem Rufe: „Eigenthum, Familie, Religion, Ordnung.“ Die Gesellschaft wird eben so oft gerettet, als sich der Kreis ihrer Herrscher verengt, als ein exklusives Interesse dem weiteren gegenüber behauptet wird. Jede Forderung der einfachsten bürgerlichen Finanzreform, des ordinärsten Liberalismus, des formalsten Republikanismus, der plattesten Demokratie, wird gleichzeitig als „Attentat auf die Gesellschaft“ bestraft und als „Socialismus“ gebrandmarkt. Und schließlich werden die Hohenpriester der „Religion und Ordnung“ selbst mit Fußstapfen von ihren Pythiaschulen verjagt, bei Nacht und Nebel aus ihren Betten geholt, in Zellenwagen gesteckt, in Kerker geworfen oder in's Exil geschickt, ihr Tempel wird der Erde gleich gemacht, ihr Mund wird verstetigt, ihre Feder zerbrochen, ihr Geheiß zerissen, im Namen der Religion, des Eigenthums, der Familie, der Ordnung, Ordnungsfanatiker Bourgeois auf ihren Balconen werden von besoffenen Soldatenhaufen zusammengepackt, ihr Familienheiligtum wird entweht, ihre Häuser werden zum Zeitverreib bombardirt — im Namen des Eigenthums, der Familie, der Religion und der Ordnung. Der Ansturm der bürgerlichen Gesellschaft bildet schließlich die heilige Phalanx der Ordnung und Feld Crapulinosky zieht in die Tullerien ein als „Ketter der Gesellschaft.“

Angeßichts des Umstandes, daß die Zeit vom Febr. 1848 bis zum Staatsstreich in Frankreich für die Entwicklung der neueren europäischen Verhältnisse die wichtigste und merkwürdigste war, und Angeßichts des weiteren Umstandes, daß der Verfasser wie kein anderer geeignet ist, gerade unsere Parteigenossen über das richtige Verständniß jener Zeit und ihrer Ereignisse aufzuklären, brauchen wir das Lesen dieser Schrift kaum noch besonders zu empfehlen und ist es vielmehr selbstverständlich, daß wir ihr die weiteste Verbreitung wünschen. Würde man uns fragen, worin unseres Trachtens der Hauptvorzug derselben besteht, so würden wir antworten: In der tiefen Geschichtsphilosophie, welche die Anschauungen der Menschen und die Ereignisse der Geschichte aus den materiellen Eigenthumsverhältnissen als ihrer bestimmenden Grund-

lage heraus zu erklären und ihrem wahren Wesen nach zu kennzeichnen versteht.

Vermischtes.

— (Ein schmachvoller Exceß eines Officiers) hat in Brunn stattgefunden. Derselbe mißhandelte ein Kind ohne Grund mit der Reitpeitsche und brachte dem Einspruch erhebenden Vater desselben einen Revolvererschuß in's Gesicht bei, so daß er schwer getroffen niedersank. Das Volk schritt ein, ergriff den Junker und überlieferte ihn nach einer gehörigen Tracht Prügel den Behörden.

— (Velocipede und Prediger.) In dem frommen Blatte „Methodist Recorder“ wird allen Ernstes die wichtige Frage besprochen, ob die Ortsprediger berechtigt seien, sich an Sonntagen eines Velocipede zu bedienen. Im Ganzen genommen ist der „Methodist Recorder“ nicht gerade gegen diese Maschine eingenommen, denn — so argumentirt er — es ist zwar verdienstvoller zu gehen, als zu reiten, falls die Entfernung nicht zu groß ist; aber es ist immerhin besser auf einem Velocipede als auf einem Pferde zu reiten. Trohdem aber kann das genaunte Blatt die Frage nicht unterdrücken, „wo wird diese Neuerung emben; vielleicht wird uns demnächst ein „Velocipede-Fonds für Ortsprediger“ mit einer jährlichen Collecte bescheert.“

\* (Reclame oder nicht?) Ein komischer Vorfall hat sich in einem Newyorker Theater zugetragen. Das Kleid einer Schauspielerin wurde beim Aufziehen des Vorhangs von diesem gefaßt, und die Dame trat wider ihren Willen eine Lustfahrt an. Das Publikum, an alle möglichen Arten von Reclame gewöhnt, glaubte, der Zwischenfall sei absichtlich zu Gunsten einer Fabrik von Unterröcken herbeigeführt.

Briefkasten.

R. in München. 76 Exemplare der Nr. 116 des „Social-Demokrat“ sind an Herrn Reß zur unentgeltlichen Vertheilung an die dortigen Vereinsmitglieder abgegangen. Von der heutigen Nummer 100.

Paris. Für Annoncen: Februar 27. März 18. April 24. Mai 21. Juni 30. Juli 24. August 28. September 30. Zusammen 207 Silbergroschen.

Annoncen.

für Berlin.

Allg. deutsch. Maurer-Verein.

Versammlung  
Mittwoch, den 6. Oktober, Abends 8 Uhr,  
in Wolter's Lokal, Neues Gesellschaftshaus vor dem Cott-  
buser Thore.  
Tagesordnung.  
Besprechung der Sterbefälle. E. Grändorff.

für Berlin.

Allg. Taback u. Cigarrenarbeiterverein.

Donnerstag, den 7. Oktober, Abends 8 Uhr,  
Geschlossene Mitgliederversammlung  
in Meißner's Caffehaus, Landwehrstr. Nr. 11.  
Tagesordnung:  
1) Rechnungslegung des 3. Quartals.  
2) Anträge zur Hauptversammlung.  
Der Wichtigkeit wegen werden die Mitglieder ersucht,  
zahlreich zu erscheinen.  
Fr. Brandt, Bev.

für Hamburg.

Generalversammlung

aller Mitglieder der Kranken- und Sterbefälle des  
Allgem. deutsch. Schneider-Vereins  
Mittwoch, den 6. Oktober, Abends 9 Uhr,  
im Saale des Schneider-Amtshaus, Pferdemarkt.  
Tagesordnung:  
Verschiedene Anträge. — Rechnung. Dieselben sind  
bereits an der Tafel ausgehängt.  
NB. Die Krankenlisten müssen vorgezeigt werden. Kommt  
Alle! Für den Vorstand: F. S. Lieblich, 1. Vorsteher.

Buchdrucker- u. Schriftgießer-Verein.

Engelhardt's Lokal, Lindenstr. 54.  
Mittwoch, den 6. Oktober, Abends präcise 8 1/2 Uhr.  
Herr Dr. Brandt: Ueber die Klöster. — Unterstützungsgewilligung für Darmstadt.  
Erscheinen dringend nothwendig. Der Vorstand.

Ein Zimmerlehrling

wird gesucht. Näheres bei  
W. v. Miel, Rositzstr. Nr. 6, Berlin.

An die Mitglieder Hamburgs.

Da wir heute unsere Reise nach der Schweiz antreten, so hinterlassen wir Euch Parteigenossen noch einen Gruß und lassen ein dreifach donnerndes Hoch erschallen, daß der ganze Valentinstag mit Tätzge's Salon wackelt.  
Pflod und Lindhorst.

Für die Lauenstein'schen Arbeiter in Hamburg sind ferner eingegangen:

Von den Mitgliedern des Allg. deutsch. Arb.-Vereins in  
Burgstadt 2 Thlr. Summa 157 Thlr. — Sgr. 2 Pf.  
Weitere Gaben nimmt gern entgegen  
Die Expedition des „Social-Demokrat.“

Freiwillige Beiträge für die Hinterbliebenen der  
im Planenschen Grund bei Dresden Verunglück-  
ten nimmt gera entgegen die Expedition des  
„Social-Demokrat.“ Gitschinerstr. 17.  
Von den Parteigenossen in Paris 40 Frcs. 75 Cts.

Für den bedrängten Agitator sind eingegangen:  
Von den Mitgliedern in Altona 4 Thlr., in Berlin  
3 Thlr. 10 Sgr., zusammen 7 Thlr. 10 Sgr.  
Weitere Beiträge nimmt gegen  
W. Gräwel, Berlin, Gitschinerstr. 17. 3

\*) „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.“  
Zweite Ausgabe: Hamburg, Otto Meißner 1869. (Der  
Preis ist nicht angegeben.)

\*\*) Während des amerikanischen Bürgerkriegs, Militär-  
kommandant des Districts von St. Louis.